



**Musterformular zum Thema:
Rückforderung von Netflix-Nutzungsentgelten**



Erläuterung:

Wenn Sie Ihr Netflix-Abo ursprünglich zu einem günstigeren Preis abgeschlossen haben, als Sie aktuell zahlen, können Sie mithilfe unseres Musterformulars die Rückerstattung überbezahlter Beträge verlangen.

Achtung: Aufgrund der gesetzlichen Verjährungsfrist gemäß §§ 195, 199 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs von drei Jahren können Sie nur die zu viel gezahlten Beträge auf Grundlage der Preiserhöhungen ab dem Jahr 2022 zurückverlangen. Vorherige Preiserhöhungen sind verjährt.

Für die Berechnung des zu viel gezahlten Betrages benötigen Sie folgende Informationen:

- Ursprüngliche Vertragsbestätigung von Netflix: hier geht der bei Vertragsschluss geltende Preis hervor
- Übersicht Ihrer bisherigen Zahlungen

Vergleichen Sie jede Abbuchung mit dem ursprünglich vereinbarten Abo-Preis. Aufgrund der Verjährungsfrist müssen Sie als Grundpreis mindestens die im Jahr 2021 geltende Gebühr verwenden. Addieren Sie die monatlichen Differenzen – so ergibt sich der Gesamtbetrag, den Sie zurückfordern können.

Beispiel zur Berechnung des zu viel gezahlten Gesamtbetrages:

Ursprünglich vereinbarte monatliche Gebühr im Januar 2021: z. B. 10 Euro

Ab Januar 2022 monatliche Gebühr: z. B. 12 Euro (Differenz pro Monat: 2 Euro / 2 Euro x 12 Monate = pro Jahr 24 Euro)

Ab Januar 2023 monatliche Gebühr: z. B. 14 Euro (Differenz pro Monat: 4 Euro / 4 Euro x 12 Monate = pro Jahr 48 Euro)

Ab Januar 2024 monatliche Gebühr: z. B. 16 Euro (Differenz pro Monat: 6 Euro / 6 Euro x 12 Monate = pro Jahr 72 Euro)

Gesamtdifferenz für die Jahre 2022 bis 2024: 144 Euro.

Netflix International B.V.
Kaperstraat 8-10
1075 KZ Amsterdam
Niederlande

Ort Datum

BETREFF:
RÜCKFORDERUNG VON ZAHLUNGEN AUF GRUNDLAGE VON RECHTSWIDRIGEN GEBÜHRENERHÖHUNGEN

Benutzername:
Kundennummer:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im habe ich ein Abonnement bei Netflix abgeschlossen. Die monatliche Gebühr betrug ursprünglich Euro. Sie haben in den darauffolgenden Jahren eigenständig die Preise erhöht, ohne dass ich den Änderungen aktiv zustimmen konnte.

Das Landgericht Köln hat mit seinem Urteil vom 15.05.2025 (Az. 6 S 114/23) entschieden, dass derartige Preisanpassungen unzulässig sind. Mangels Zustimmung zu den Preisänderungen konnte Netflix keine ausreichenden Beweise für eine vertragliche Einigung über die neuen Preise vorlegen.

Die Zahlung der Preiserhöhungen erfolgte somit ohne Rechtsgrund. Ich fordere Sie auf, mir gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB die zu viel gezahlten Beträge zurückzuerstatten. Die Rückforderung bezieht sich nur auf die Beträge, die innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist gem. § 195 BGB liegen.

Die Berechnung der Differenz ergibt sich wie folgt:

Ursprünglich vereinbarter Preis ab 2021 monatlich:	<input type="text"/>	Euro
Im Jahr 2022 monatlich gezahlt:	<input type="text"/>	Euro
Im Jahr 2023 monatlich gezahlt:	<input type="text"/>	Euro
Im Jahr 2024 monatlich gezahlt:	<input type="text"/>	Euro
Gesamtdifferenz	<input type="text"/>	Euro

Ich fordere Sie hiermit auf, mir den zu viel gezahlten Betrag in Höhe von Euro
bis zum auf Folgendes Konto zu überweisen:

Kontoinhaber, ,
IBAN, ,
BIC, ,
Bankinstitut

Sollte die Rückzahlung nicht fristgerecht erfolgen, behalte ich mir weitere rechtliche Schritte vor.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift





Haftungsausschluss:

Bitte beachten Sie, dass dieser Text ein unverbindliches Muster darstellt und im konkreten Einzelfall gegebenenfalls ergänzt werden muss. Es kann in verschiedenen Fällen nicht geeignet sein, den gewünschten Zweck zu erzielen und ersetzt nicht einen anwaltlichen Rat. Bei rechtlichen Fragen sollte in jedem Fall ein Anwalt konsultiert werden. Die ÖRAG übernimmt keinerlei Haftung für Auswirkungen auf die Rechtspositionen der Beteiligten. Bitte beachten Sie zudem, dass in vielen Fällen Fristen laufen können, wenn Sie diese versäumen, bringt Ihnen das Nachteile. Das Musterschreiben erhebt keinen Anspruch auf Richtigkeit und es dient als Anregung und Hilfe für Formulierungen.

Nutzungsrecht:

Wir weisen darauf hin, dass die auf dieser Website veröffentlichten Musterformulare und/oder Musterverträge dem deutschen Urheberrecht unterliegen. Jede Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der ÖRAG. Downloads und Kopien dieser Inhalte sind nur für den rein privaten Eigengebrauch, nicht für den kommerziellen oder sonstigen Gebrauch gestattet.